

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

01-03/2024/ Nr. 88

Der Widerstand gegen die Zumutungen der Mächtigen erwacht

Liebe Leserin!
Lieber Leser!

Seit der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift ist unsere Aufmerksamkeit auf Deutschland gelenkt worden. Deutschland ist so etwas wie das Kernland Europas. Was dort geschieht, wirkt sich auf den gesamten Kontinent aus. Deshalb steht es auch unter der Kontrolle der Siegermacht USA, die es als Werkzeug für ihre europäische Politik benutzen. Aus diesen Gründen sollten wir genau darauf hinschauen, was sich in Deutschland tut.

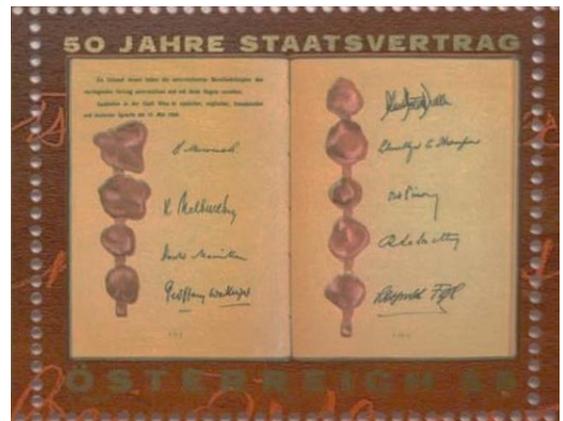
Vieles funktioniert in dem einstigen Wirtschaftswunderland nicht mehr. Seine Wirtschaft ist ein Problemfall geworden. Unternehmen wandern ab. Eine Streik- und Demonstrationswelle noch nie gekannten Ausmaßes und der „Kampf gegen rechts“ durchziehen das Land.

Eine ideologisch verbohrt Ampelregierung, gesellschafts-, wirtschafts- und energiepolitisch ohne Augenmaß, handwerklich fehleranfällig, mit Problemen, ein ordnungsgemäßes Budget fristgerecht zu er-

stellen, verschenkt mehr als 20 % des Steuergeldes ans Ausland und für Waffenlieferungen an die Ukraine, während die eigene Bevölkerung knapp gehalten wird. Eine unglaubliche Hetze gegen patriotische Kräfte, mit Politiker-aussagen vulgärster Art, gemahnen an Zustände einer im Entstehen begriffenen Diktatur. Das Ergebnis ist eine total gespaltene und zerstrittene Gesellschaft. Vielleicht ist das auch so gewollt.

Es zeichnet sich ab, dass die herrschende politische Klasse nicht imstande ist, die anstehenden Probleme zu lösen. Ja mehr noch, sie sieht sie nicht, sie will sie nicht einmal sehen und schon gar nicht will sie sie wirklich angehen. Es interessiert sie nicht, wie es der Bevölkerung geht, weil sie in einer Blase unter ihresgleichen lebt und sich ihren mächtigen globalistischen Einflüsterern und Ideengebern bzw. deren Organisationen und Plänen verpflichtet fühlt.

Doch genau in diesem Chaos regt sich Widerstand. Immer mehr Menschen merken allmählich, dass hier etwas abläuft, das gegen sie gerichtet ist, und sie lassen sich das nicht mehr gefallen. Es gibt immer häufiger Kundgebungen gegen die Regierungspolitik. Bauern legen mit ihren Traktoren den Verkehr und die Innenstädte lahm, protestieren vor Regierungsgebäu-



Widerstand wird zur Pflicht,

denn es ist nicht mehr auszuschließen, dass auch die an den Staatsvertrag 1955 gekoppelte österreichische Neutralität bald schon Geschichte sein könnte. EU- und NATO-Lobbyisten arbeiten schon seit Jahren darauf hin!

Bild: Briefmarke „50 Jahre Staatsvertrag“ - rp

den und lassen sich nicht mehr mit faulen Tricks abspeisen. Andere machen es ihnen nach, nicht nur in Deutschland, auch in anderen europäischen Ländern. Patriotische Parteien bekommen trotz oder gerade wegen der Hetze gegen sie Zulauf oder werden neu gegründet. Das gibt Anlass zu Hoffnung.

Zum Schluss etwas in eigener Sache: Das *Neutrale Freie Österreich* wird voraussichtlich an den kommenden EU-Wahlen nicht teilnehmen. Anstatt dessen verweisen wir auf zwei Gruppierungen, die einen EU-Austritt anstreben und sich um eine Kandidatur bemühen. Wir möchten Sie, liebe Leserin, lieber Leser, dazu ermuntern,

ihre Kandidatur mit einer Unterstützer-Unterschrift zu ermöglichen. Genaueres finden Sie auf [Seite 6](#).
Seite 4.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Redaktionsteam

Inhalt

- 1 Der Widerstand gegen die Zumutungen der Mächtigen erwacht
- 2 Ukrainekrieg wird auch wegen Energiewende geführt
- 2 Was in Deutschland inzwischen als normal gilt, ist nicht normal
- 2 Wie Konzerne, Vermögensverwaltungen und Stiftungen das Höfe-Sterben vorantreiben
- 3 Der WHO-Pandemievertrag darf auf keinen Fall ratifiziert werden
- 4 Wussten Sie?
- 6 Lesens-, sehens-, hörens-wert
- 6 Lesermeinungen
- 7 Positives, Erfreuliches
- 8 Impressum

*Was Ihr den Geist der Zeiten heißt,
das ist im Grund der Herren
eigner Geist, in dem die Zeiten
sich bespiegeln*

Johann Wolfgang v. Goethe

Ukrainekrieg wird auch wegen Energiewende geführt

Kurz vor Weihnachten entglitt dem CDU-Politiker, Kriegstreiber und Oberst a. D. Roderich Kiesewetter in dem ARD-Politikmagazin „Bericht aus Berlin Extra“ folgendes entlarvende Geständnis:

Wenn Europa die Energiewende vollziehen will, braucht es eigene Lithium-Vorkommen. Die größten Lithium-Vorkommen in Europa liegen im Donezk-Lugansk-Gebiet. Also wir haben hier auch ganz andere Ziele noch im Hintergrund. Und deshalb brauchen wir eine vereinte Anstrengung der Bürgerinnen und Bürger, damit unsere Politik die Rückendeckung hat, mehr für die Ukraine zu tun.

Allerdings geht der Zusammenhang zwischen Energiewende und Ukrainekrieg wesentlich tiefer, als der Bedarf an Rohstoffen unmittelbar vermuten lässt. Der die Ener-

giewende rechtfertigende Klimaschwindel ist eine neue Religion der westlichen Eliten, mit der ihre Vorherrschaft über den Planeten moralisch begründet und gerechtfertigt werden soll. Ihr ideologischer Kern kann folgendermaßen zusammengefasst werden:

Wir, die westlichen Eliten, sind die Guten, die den Planeten vor dem sicheren Untergang retten. Wir sind deshalb die legitimen Führer dieser Welt. Wir streben eine Weltregierung unter unserer Führung an. Alle, die unsere Vorherrschaft nicht anerkennen, sind die Bösen, weil sie keine moralische Legitimität für ihre Ansprüche und Bedürfnisse haben.

Der Klimaschwindel ist der verzweifelte Versuch des „Wertewestens“, seine im Schwinden begriffene Dominanz wieder

zu erlangen. Mit diesem ideologisch motivierten Machtstreben verbindet sich das militärische. Es soll damit die Vorherrschaft des Westens weiterhin sichergestellt werden. Ob das gelingt oder ob es in absehbarer Zeit einen fundamentalen Wandel zu einer gerechteren, multipolaren Weltordnung geben wird, diese Frage wird gerade in der Ukraine gewaltsam entschieden.

Quellen: unser-mittleuropa.com; nachdenkseiten.de; youtube.com/

Lassen Sie mich eine Kompanie aus den Söhnen der Elite rekrutieren und der Krieg wird am nächsten Tag vorbei sein.

Alexander Lebed
(russ. General und Politiker, 1950 - 2002)

Was in Deutschland inzwischen als normal gilt, ist nicht normal

Für die Berliner Feuerwehr war der Jahreswechsel ein „normales Silvester“. Es ist für sie vermutlich normal, wenn fast 5000 Polizisten aufgeboten werden müssen, um Randalierer abzuschrecken und die Rettungskräfte zu schützen, wenn ganze Straßenzüge und Plätze abgesperrt und Passanten durchsucht werden müssen. In Köln mussten 1000 Polizisten den Dom und die Innenstadt bewachen, nachdem die Behörden zuvor Hinweise auf einen bevorstehenden islamistischen Anschlag erhalten hatten.

Es ist kein Zufall, dass die Auseinandersetzung über das, was künftig als normal zu gelten hat, auf den Straßen und an symbolischen Tagen wie Silvester ausgetragen wird. Hier zeigt sich, wer das Sagen hat. Die Okkupation des öffentlichen Raums ist eine Machtdemonstration.

Mit viel Glück blieben diesmal bürgerkriegsähnliche Szenen aus. Aber ist ein solch massives Aufgebot an Sicherheitskräften, um einigermaßen unbeschadet feiern zu

können, wirklich „normal“? Dabei stellt die Exekutive trotz aller Beschwichtigungsversuche, allgemein fest, dass sich das gesellschaftliche Klima verändert, die Respektlosigkeit zunimmt und die Hemmschwellen sinken. Sie weiß auch, warum in deutschen Großstädten die Ausschreitungen zunehmen: Die Täter sind zu 80 Prozent männlich. Viele davon von ihnen sind jünger als 25 Jahre, stehen unter Alkoholeinfluss und sind polizeibekannt. Sie haben überproportional häufig einen Migrationshintergrund. **Es liegt an der Masseneinwanderung und an der deutschen Politik, die diese Zustände erst möglich gemacht haben.** Doch dieser offensichtliche Zusammenhang wird von unkritischen Zeitgeistkommentatoren schlichtweg geleugnet. Es handle sich lediglich um den Ausdruck eines Wertewandels, eines gesellschaftlichen Fortschritts, bei dem Einheimische und Zugewanderte gleichberechtigt aushandeln, welche Normen gelten. Alle, die diesem „Fortschritt“

nichts Positives abgewinnen können, seien dann eben Ewiggestrige oder Rechtsradikale. Die Frage, was man als normal betrachtet, ist also eminent politisch. Das hat auch einen positiven Aspekt: Der Wind dreht sich allmählich.

Der Westen sollte sich aber die Frage stellen, warum die Flüchtlingswelle losgetreten wurde. Eigentlich verbleiben die Menschen gerne dort, wo ihre Wurzeln sind. Durch die vielen Kriege der letzten 30 Jahre wurde u. a. in islamischen Ländern unvorstellbares Leid verursacht. Viele von denen, die überlebt haben, finden ein zerstörtes Land vor. Wen wundert es, dass die Menschen es nicht mehr aushalten? Zudem wurden viele dieser illegalen Kriege vom Westen mit Sanktionen vorbereitet. Auch nach verlorenen Kriegen bleiben die Sanktionen gegen ärmste Staaten aufrecht, wie z. B. Afghanistan, Libyen, Irak, Iran, Mali, Niger, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen.

Quellen: nzz.ch, <https://sanctionsmap.eu/#/main>

Wie Konzerne, Vermögensverwaltungen und Stiftungen das Höfe-Sterben vorantreiben

Die Hintergründe der Bauernproteste in Deutschland und anderswo

Die Bauernproteste in Deutschland haben schlaglichtartig für eine breite Öffentlichkeit den Blick auf die existenzgefährdete Lage der Bauern gelenkt, die von immer einschneidenderen, oft von der EU vorgegebenen bürokratischen Maßnahmen betroffen sind und zu Subventionsempfängern erniedrigt werden. Das ist bei weitem nicht nur ein deutsches Problem. Ähnlich ergeht es den Bauern in den Niederlanden, wo die Regierung 3000 Höfe dicht machen will, in Irland mit geplanten Mega-Rinderschlachtungen. Etwas langsamer in den

USA, aber letztlich in der gesamten westlichen Welt lässt sich als Folge ähnlicher Vorgaben ein dramatisches Höfe-Sterben beobachten. Auch in Österreich, wo in den 50 Jahren zwischen 1970 und 2020 die Anzahl der Höfe auf deutlich weniger als die Hälfte (von 368 000 auf 155 000) geschrumpft ist. Die dabei von den Regierungen und in deren Sold von den westlichen Medien angewandten Methoden und Rechtfertigungen sind unterschiedlich, meist muss aber als Begründung der menschen- und tiergemachte Klimawandel

erhalten. Bauernhöfe seien Produzenten von klimaschädlichem CO₂ und anderen Treibhausgasemissionen. Daher müsse auch die Nahrung weltweit umgestellt werden, weg vom Fleischverzehr hin zu pflanzlicher Nahrung, Insekten und im Labor gezüchtetem Fleisch.

In der „Agenda 2030“ der UNO werden nachhaltige Entwicklungsziele definiert, die bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen. Eines davon ist ein Programm zur Entwicklung von „C40-Städten“, für deren Bewohner Fleisch, Milchprodukte, mehr

(Fortsetzung auf Seite 3)



Hoffnung ist angesagt

Die „Green Deal“ genannte Landwirtschaftspolitik der EU läuft auf die Beseitigung des freien, kleinteiligen und qualitativ hochwertig produzierenden Bauernstandes hinaus. An seiner Stelle können dann internationale Agrarkonzerne die Nahrungsmittelversorgung der EU-Länder übernehmen. Die Ernährungssicherheit der einzelnen Länder liegt somit in den Händen von oligarchischen Kommissaren, die sich die US-Agrarpolitik zum Vorbild nehmen

Bild: ServusTV - screenshot

als drei neue Kleidungsstücke pro Jahr, private Fahrzeuge u. a. verboten sind.

Zeitgleich kaufen Agrar-, Lebensmittel- und Finanzkonzerne weltweit Ackerland auf. Um an dieses Ackerland möglichst billig heranzukommen, nutzen sie ihren Einfluss auf die Politik, um durch schikanöse Vorschriften das Leben der Landwirte so schwer wie möglich zu machen, damit kleine oder mittlere Betriebe von sich aus aufgeben oder sogar vom Staat dazu gezwungen werden. Die von den deutschen Bauern beklagten Streichungen von Steuererleichterungen und Ausuferungen von Behördenauflagen passen genau in dieses Bild.

Das System dieser „öffentlich-privaten Partnerschaften“ ist für diese Konzern-Multimilliardäre auch eine sprudelnde Geldquelle. Es funktioniert z. B. folgendermaßen: Eine ihrer Stiftungen, etwa die *Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung* oder die *Rockefeller-Stiftung*, finanziert mit einigen Millionen ein Projekt. Anschließend steuert eine Regierung, die davon begeistert ist, ein Vielfaches, oft sogar das Hundertfache an Steuergeldern bei. Diese Gelder kontrolliert damit der Stiftungsinhaber, der das Projekt aus der Taufe gehoben hat. Zur Umsetzung solcher Projekte muss immer irgendetwas gekauft werden (Impfstoffe,

Medikamente, genmanipuliertes Saatgut u. a.). Natürlich werden diese Dinge bei Firmen gekauft, an denen der westliche Oligarch finanziell beteiligt ist, z. B. an Bayer-Monsanto. Mit einem relativ kleinen finanziellen Einsatz lenkt er also ein Vielfaches an Steuergeld in die eigene Tasche. Aufgrund dieses relativ einfachen Geschäftsmodells werden solche „Menschenfreunde“ immer reicher, während sie angeblich ihr Geld mit vollen Händen verschenken, um die Welt zu retten.

Der Microsoft-Gründer und Impffanatiker Bill Gates ist inzwischen der größte private Inhaber von Ackerland in den USA. Wenn die Agrar- und Lebensmittelindustrie von kleinen und mittleren Betrieben an wenige Großkonzerne umverteilt wird, dann entsteht eine Marktmacht, die die kleinen Betriebe nie hatten. Und solche Konstellationen, in denen einige wenige Player einen Markt kontrollieren, führen bekanntlich nicht zu sinkenden Preisen, sondern zu Preisabsprachen und damit zu steigenden Preisen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat der Ukraine 2020 als Bedingung für weitere Kredite diktiert, sie müsse den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen an Ausländer gesetzlich erlauben. Offiziell gab es diverse Beschränkungen, aber die Gesetze wurden so gemacht, dass sie über Strohleute und verschachtelte Firmenkonstruktionen leicht zu umgehen sind. So konnten meist US-amerikanische Investoren massenhaft ukrainisches Ackerland mit seinen Schwarzerdeböden, den fruchtbarsten der Welt, zu einem Spottpreis einkaufen. Der vom Westen geschürte Krieg bewirkte einen weiten Preisschub nach unten.

Das Ziel dieser Globalisten ist es, mit Hilfe der Politik ein möglichst weltweites Monopol auf Agrarflächen, Saatgut, Düngemittel und Pestizide zu erlangen.

Doch es geht um viel mehr als um die Landwirtschaft und damit um die Kontrolle über die Nahrungsmittelproduktion. Es geht um Macht. Die Superreichen-Stiftungen wollen auf dem Weg über die Digitalisierung, das Gesundheits- und Bildungssystem das gesellschaftliche Gefüge, den sozialen und den familiären Zusammenhalt, das Denken und die Wertvorstellungen der Menschen von Grund auf verändern. Die Welt, wie wir sie bisher kannten, soll zerstört werden und eine neue, von einer machtbesessenen

Elite kontrollierte, entstehen.

Noch einmal zurück nach Deutschland. Die Bauernproteste verschwanden blitzartig aus den Tagesmeldungen und damit aus der allgemeinen Aufmerksamkeit, als die als Skandal aufgebauschte Nachricht des linksgerichteten „investigativen“ Recherche- und Zensurnetzwerkes namens „Correctiv“ über ein angebliches Geheimtreffen von CDU-, AfD- und anderen Politikern in den Medien auftauchte. **Dabei kann der demokratiegefährdende Skandal nicht darin bestehen, dass sich Leute in einem privaten Rahmen über legale Möglichkeiten der Rückführung von Migranten in freier Diskussion austauschen.** Man möchte meinen, dass das in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat mit Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit ohne Probleme möglich sein müsste. Der eigentliche Skandal besteht darin, dass sich Personen mit unlauteren Absichten auf hinterhältige Art und Weise Zugang dazu verschafft haben, um die im vertrauten Kreis unverbindlich ausgetauschten Gedanken in entstellter Form zu einem geplanten Zeitpunkt unter die Öffentlichkeit zu streuen. Die besagte Veranstaltung fand nämlich bereits im November statt.

In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man davon ausgehen, dass es auch auf diese Weise geplant war.

US-Präsident Franklin D. Roosevelt
zugeschrieben

Und schon war der Druck von der erbärmlichen Ampelkoalition wie von Zauberhand genommen. Und schon war in kürzester Frist ein mieses Theaterstück über dieses Treffen aufführbar fertig. Und dann gab es noch dazu, wieder genau zur passenden Zeit, eine Entscheidung des deutschen Verfassungsgerichts zu einem Verbot der staatlichen finanziellen Zuwendungen an die Partei „Die Heimat“ (ehem. NPD), das auch gleich als Modell für die Behandlung der AfD herangezogen werden kann. Alles Zufall? Oder doch ein Plan?

Quellen: theguardian.com; dw.com; antispiegel.ru; www.youtube.com/Wir_sprechen_Klartext: „Correctiv“ - Geheimplan aus dem Hut gezaubert

Der WHO-Pandemievertrag darf auf keinen Fall ratifiziert werden

Die unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit laufenden Verhandlungen für einen internationalen Pandemievertrag zwischen der WHO und den UNO-Mitgliedsstaaten sollen im Mai abgeschlossen sein. Er soll die WHO dazu ermächtigen, im Falle des Ausbruchs einer Pandemie der Welt die notwendigen Bekämpfungsmaßnahmen vorzuschreiben. Dabei geht sie davon aus, dass es nach Covid weitere Pandemien und ande-

re große Gesundheitsnotfälle geben wird. Keine einzelne Regierung oder multinationale Organisation kann diese Bedrohung alleine bewältigen... Die Frage ist nicht ob, sondern wann. Gemeinsam müssen wir besser darauf vorbereitet sein, Pandemien vorherzusagen, sie zu verhindern, zu erkennen, zu bewerten und wirksam auf sie zu reagieren, und zwar in einer sehr koordinierten Art und Weise.

Die schönen Worte klingen sehr fürsorg-

lich und vorausschauend. Sie entsprechen auch dem Gründungsauftrag der WHO 1948 als internationale Koordinationsbehörde im Gesundheitsbereich.

Wenn die Sache nicht einen Haken hätte. Die hehre Zielsetzung wird dadurch unglaubwürdig, dass die inzwischen mächtig gewordene Organisation laut Vertragsentwürfen für sich in Anspruch nimmt, im Alleingang festzulegen, ob und wann eine pandemische Situation vorliegt und wie

(Fortsetzung auf Seite 4)

die gesamte Weltgemeinschaft darauf zu reagieren hat. In einem solchen Fall sehen sie vor, dass die nationale Souveränität im Gesundheitsbereich an die WHO übertragen wird. Sie übernimmt damit die Kontrolle über alle nationalen Gesundheitssysteme und -budgets, verbunden mit der Möglichkeit der Zensur von Informationen und der Einschränkung oder teilweisen Aufhebung von Grundrechten. Ob es dabei (zuerst) um die Gesundheit geht, ist die Frage. Und das ist gar nicht so weit hergeholt, wirft man einen Blick auf die Freiheitseinschränkungen, die Übersterblichkeit aufgrund der experimentellen Gentherapie-Impfprogramme, die gesundheitsgefährdenden Auswirkungen von „Lockdown“-Isolierung und Mundschutz der Covid-Zeit. Sie könnten eventuell der Testlauf für etwas Größeres gewesen sein.

Ebenso ist die Tatsache zu bedenken,

dass mittlerweile 80% der WHO von privaten Geldgebern und Stiftungen finanziert wird, allen voran von der *Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung*. Es soll sich seit der Jahrtausendwende um insgesamt 2,5 Mrd. Dollar handeln. Die Stiftung war auch schon an der Pandemieübung Event 201 „zufällig“ kurz vor Ausbruch der tatsächlichen Pandemie, beteiligt. Bill Gates verdient durch Gesundheitskrisen wesentlich mehr als er aus gibt, indem er Steuergeld in seine Pharmaunternehmen umleitet. Sollte der Vertrag mit den Staaten ausgehandelt und von ihnen ratifiziert werden, würde er als Schattenchef der WHO zum Gesundheitsdiktator mit globalen Machtbefugnissen aufsteigen.

Das ist noch nicht alles. Ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko stellt auch der Generaldirektor der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus dar. Er steht eindeutig unter Einfluss der chinesischen kommunisti-

schen Partei und Regierung. Bemerkenswert ist auch die feststellbare intensive Zusammenarbeit von EU-Kommission und WHO bei diesem Vorhaben. So haben beide den Start einer *Partnerschaft im Bereich der digitalen Gesundheit* verkündet. Die WHO will auch den digitalen Impfpass der EU für den Rest der Welt übernehmen. Damit ergeben sich u. a. willkommene neue Möglichkeiten zur Einschränkung der Reisefreiheit.

Wenn wir uns nicht gegen dieses Pandemiediktat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren, könnte aus der WHO unter dem Vorwand eines weltweiten Gesundheitsschutzes eine nicht gewählte und somit demokratisch nicht legitimierte Weltregierung entstehen, eine permanente Weltdiktatur, sollte sie in den Dauerpandemiemodus schalten. Das gilt es unter allen Umständen zu verhindern.

Quellen: *derstatus.at; patriotpetition.org*

Wussten Sie.....?

Edtstadler will mit Pro-Europa-Kampagne bei EU-Wahl punkten

Europa- und Verfassungsministerin Karoline Edtstadler, die während der Pandemiezeit dadurch aufhorchen ließ, indem sie erklärte, dass alle ungeimpften Österreicher sich illegal im eigenen Land aufhalten, denkt strategisch, auch wenn sie kritiklos alle Pro-EU-Gemeinplätze, und seien sie noch so weit hergeholt und läppisch, nachplappert. Sie zeigt sich besorgt über die große Skepsis der Österreicher gegenüber der EU.

Dass Österreich laut Eurobarometer den letzten Platz bei der Zustimmung zur EU einnimmt, habe sie nachdenklich gemacht, meint sie. Dass es für Regierungsparteien in Europa derzeit schwierig ist, bereitet ihr ebenfalls Sorgen. Dem will sie nun gegensteuern und in unserem Land – mit unserem Steuergeld, anders geht es wohl nicht – eine Pro-„Europa“-Kampagne inszenieren. Diese dient natürlich auch als Unterstützung der ÖVP für die EU-Wahl im Juni. Und so ganz nebenbei könnte sie auch Edtstadlers Aussichten auf einen EU-Kommissarsposten dienlich sein, den sie offensichtlich, nach dem Vorbild von Wolfgang Schüssel, anstrebt.

Quelle: *express.at*

Vielleicht könnte Frau Edtstadler auch einmal Ursachenforschung betreiben und sich die Frage stellen, wieso das Verhältnis der Bevölkerung zur EU und zu den Regierenden nicht nur in Österreich so schlecht ist, anstatt sie mit einseitiger, oberflächlicher Propaganda zu überziehen. Dann käme sie möglicherweise darauf, dass deren falsche politische Entscheidungen die Ursache sind. Doch das zuzugeben und umzudenken, ist von Politikern wohl zu viel verlangt.

EU-Wahl im Juni 2024

Das Bündnis „Neutrales Freies Österreich“ (NFÖ) wird bei der EU-Wahl am 9. Juni nicht kandidieren.

Stattdessen weisen wir auf zwei engagierte Kleinparteien hin, die beide den **EU-Austritt in ihrem Programm** haben.

Sie beabsichtigen ab dem Stichtag 25. März die für eine Kandidatur erforderlichen 2600 Unterstützungserklärungen zu sammeln.

Die Beweggründe der Liste des Wahlbündnisses **„ÖXIT EU-Austritt für Österreich“** für eine Teilnahme an der EU-Wahl sind auf diesen kurzen Nenner zu bringen: Österreich soll in Zukunft „frei statt fremdbestimmt“ sein. Weitere Infos: oexit.me - Tel: 0699 127 624 00

Die Liste **„ÖXIT-Volksabstimmung“** will eine Volksabstimmung über den EU-Austritt Österreichs erreichen. Weitere Infos: oexit-volksabstimmung.at - Tel: 0676 403 90 90

HINWEIS

Eintragungszeitraum für zugelassene Volksbegehren:

11. bis 18. März 2024

Nähere Informationen: <https://www.bmi.gv.at/411/>

Hoher österreichischer Offizier möchte Bundesheer kriegsfähig machen

Anlässlich der Präsentation der Publikation „Risikobild 2024 – Welt aus den Fugen“ durch Verteidigungsministerin Klaudia Tanner im Jänner sprach sich Bruno Hofbauer, Planungschef und stellvertretender Generalstabschef des österreichischen Bundesheeres, dafür aus, dass das Bundesheer um 180 Grad anders orientiert werden müsse. „Die Zielsetzung ist, die Kriegsfähigkeit des Bundesheeres herzustellen“, meinte der Generalmajor.

Quelle: *ots.at/presseaussendung*

Diese in einem offiziellen Rahmen getätigte Aussage eines der höchsten Offizie-

re Österreichs, eines militärisch neutralen Staates, ist ungeheuerlich. Regierung und Bundesheer machen das Gegenteil dessen, was sie tun sollten: Anstatt die Neutralität Österreichs nach allen Seiten hin in dieser gefährlichen Zeit eines Ukraine- und Gaza-Konflikts zu festigen und sich einer einseitigen Parteinahme zu enthalten, bereiten sie die aktive Teilnahme unseres Landes an kriegerischen Auseinandersetzungen vor! An welcher Seite das sein soll, scheint von vorne herein festzustehen.

Dabei könnte ein wirklich neutrales Österreich wesentlich besser und glaub-

hafter humanitäre Aufgaben zugunsten der Zivilbevölkerung übernehmen und den Konfliktparteien die Möglichkeit geben, sich auf neutralem Boden zu treffen. Das neutrale Österreich sollte auch sein Territorium keiner Konfliktpartei zur Verfügung stellen. Was aber geschieht Tag für Tag? NATO-Überflüge, NATO-Durchreise-Transporte, NATO-SkyShield-Raketen-Abwehr! Die Hauptaufgabe der Außenpolitik der Regierung und des Bundesheeres wäre es, den Frieden für die Bürger zu sichern. Denn diese wollen nicht Zielscheibe militärischer Aggressionen werden.

„Die Strategie des Westens in der Ukraine ist gescheitert“

Gastbeitrag des slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico in der Zeitung „Nazory Pravda“ (gekürzt)

Von Anbeginn des Konflikts in der Ukraine habe ich die von Washington und Brüssel gewünschte Schwarz-Weiß-Sicht abgelehnt. Der Krieg in der Ukraine hat seine Wurzeln im Jahr 2014, in der Entwicklung der ukrainischen politischen Szene, ihren Beziehungen zu Mitbürgern russischer Nationalität und natürlich im totalen Einfluss der USA auf alles, was in der Ukraine nach 2014 bis heute geschah und geschieht. Ich mag das jetzt etwas überspitzt formulieren, aber stellen Sie sich zum Beispiel vor, das gesamte Verteidigungsministerium des USANachbarstaates Mexiko stünde unter der totalen Kontrolle Russlands, ganz zu schweigen von der politischen Führung, einschließlich des Präsidenten.

Russland hat auf die Sicherheitslage und den Vorstoß, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, unter Verletzung des Völkerrechts reagiert, indem es ohne internationales Mandat militärische Gewalt anwendete. Das ist etwas, was große Länder oft tun, man denke nur an das Vorgehen der USA im Irak. Doch der Westen hat, anstatt sofort alle Anstrengungen zu unternehmen, um einen schnellen Waffenstillstand im Jahr 2022 zu erreichen, einen großen Fehler gemacht. Denn er hat den Einsatz russischer Militärgewalt fälschlicherweise als Chance eingeschätzt, um Russland in die Knie zu zwingen.

Der Westen will Russlands Völkerrechtsbruch ausnützen, um die Ukraine mit einer Vielzahl an Waffen und Milliarden an Dollar vollzupumpen, Russland mit massiven Sanktionen zu belegen, Russlands wichtigste Einnahmequellen zu

minimieren und erwartet zugleich, dass der ukrainische Soldat ihnen zuletzt den Kopf des russischen Bären in Form eines militärisch erschöpften, wirtschaftlich ruinierten, international isolierten und innenpolitisch unterwanderten Russlands auf dem Tablett serviert. Das war und ist leider immer noch die westliche Strategie, von der ich im In- und Ausland offen sage, dass sie nicht funktioniert hat und gescheitert ist. Ich bin mit ihr nicht einverstanden. Ich gehöre nicht zu den slowakischen Politikern, die sich darüber freuen, dass die Russische Föderation in der Slowakei zum Todfeind erklärt wird und es gefällt mir ebenso wenig, von Russland als Feindesland angesehen zu werden.

Die Fakten sind unerbittlich: Russland hat die vollständige militärische Kontrolle über die besetzten Gebiete. Die Versuche des Westens, der internationalen Gemeinschaft mit Demagogie die Demoralisierung der russischen Soldaten aufgrund enormer Gefallenen-Zahlen weiszumachen, erweisen sich als zunehmend leeres demagogisches Wunschdenken. Die Ukraine ist zu keiner sinnvollen militärischen Gegenoffensive fähig. Sie ist völlig abhängig von finanzieller Hilfe aus dem Westen mit unabsehbaren Folgen für die Ukrainer über die nächsten Jahre. Die Position des ukrainischen Präsidenten ist erschüttert, während der russische Präsident seine politische Unterstützung ausbaut und verstärkt. Weder die russische Wirtschaft noch die russische Währung sind zusammengebrochen. Die antirussischen Sanktionen erhöhen die innere Autarkie dieses riesigen Landes,

und die russischen Energieriesen melden Rekordlieferungen an China und Indien. Was sind also die Optionen für die Zukunft? Aller Voraussicht nach werden noch einige Zeit lang Waffen und Geld in die Ukraine fließen, aber ohne Erfolg. Es ist für die Verantwortlichen politisch unmöglich, die Fehlerhaftigkeit der eingeschlagenen Strategie offen zuzugeben. In zwei oder drei Jahren werden wir dort sein, wo wir jetzt sind. Allein die EU wird um vielleicht 50 Milliarden Euro ärmer geworden und die Friedhöfe der Ukraine werden mit Tausenden von toten Soldaten gefüllt sein.

Inzwischen ist jedem klar, dass es keine militärische Lösung aus der Krise für die Ukraine geben kann. Die internationale Gemeinschaft wird gezwungen sein, sich einem Realitätscheck zu unterziehen!

Ich wünschte mir, dass alle Slawen aufgehört hätten sich aus geopolitischen Gründen gegenseitig anzufinden, sowohl auf amerikanischer als auch auf russischer Seite. Lasst die Ukraine ihren eigenen souveränen, nicht von außen diktierten Weg gehen. Wenn die Ukraine sich selbst in der EU sieht, soll sie diese Chance bekommen, sofern sie die Bedingungen erfüllt. Wir werden gerne helfen. Auch Russland braucht seine Sicherheitsgarantien. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir zu jener europäischen Rhetorik zurückkehren sollten, die besagt, dass die EU und Russland gewissermaßen in einem Boot sitzen und einander brauchen.

12.01.2024

Quelle: <https://unser-mittleuropa.com/fico-kritisiert-dumme-liberale-demagogen-die-auf-militaerhilfe-fuer-kiew-bestehen/>

Neue EU-Straftatbestände bedrohen die Bürger

Das Misstrauen der Brüsseler Machthaber gegenüber Denken und Tun der Menschen muss wirklich sehr groß sein. Anders lässt sich der Überwachungs-, Zensur- und Bestrafungswahn der EU-Gesetzgeber und – in ihrem Auftrag – der Behörden der Mitgliedsstaaten nicht erklären.

Dieser Tage tritt der *Digital Services Act* (DAS) vollumfänglich in Kraft. Zusammen mit dem *Digital Markets Act* (DMA) soll er eine Art EU-Grundgesetz zur Kontrolle des Internets werden. Vorgeblich soll es durch neue Transparenz- und Beschwerderegungen zu mehr Schutz und Sicherheit der Internet-Nutzer vor illegalen Inhalten wie „Hassrede“, unwahren Darstellungen, unsicheren oder gestohlenen Produkten u. dgl. kommen, alles Dinge, die auch „offline“ strafbar sind. Die Frage ist also, wozu es dafür eines eigenen EU-Monster-Gesetzeswerkes bedarf. Wie schon der extrem dehnbare und juristisch höchst fragwürdige Begriff „Hassrede“ nahelegt, geht

es dem System EU, wie in autoritären Staaten üblich, wohl weniger um Verbraucherschutz als um Faktenkontrolle und Meinungsmanipulation.

In die gleiche Kerbe schlägt nun auch das EU-Parlament. Es fordert, „Hetze und Hasskriminalität“ in die Liste der EU-Straftatbestände aufzunehmen, eine Liste, die eigentlich der Bekämpfung internationaler Mafia-Strukturen und Terrororganisationen dient. Dabei handelt es sich um besonders schwere Straftaten mit grenzüberschreitender Dimension, wie Terrorismus, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern, illegaler Drogenhandel, illegaler Waffenhandel, Geldwäsche, Korruption, Fälschung von Zahlungsmitteln, Computerkriminalität und organisierte Kriminalität.

Das EU-Parlament schlägt vor, dass dazu die sogenannten „Passerelle-Klauseln“ genutzt werden sollen, um die eigentlich erforderliche Einstimmigkeit im EU-Rat

zu umgehen. Dies macht aus Sicht der Zensur-Befürworter durchaus Sinn, gibt es doch noch einige Länder in der EU, in denen das Menschenrecht auf freie Rede geschützt wird und die den Zensurbestrebungen voraussichtlich nicht zustimmen würden. Sobald dann nämlich die neue Straftat erst einmal in die Liste aufgenommen worden ist, sind EU-Parlament und EU-Rat befugt, auch Sanktionen festzulegen, die EU-weit gelten. Im konkreten Fall würden entsprechende Äußerungen dann auch in den Ländern bestraft, in denen sie eigentlich geschützt sind. Denn in der EU ist zwar bereits „Hate Speech“ aufgrund etwa von Hautfarbe, Religion und nationaler oder ethnischer Herkunft strafbar, doch künftig soll gemäß der Entschliebung die Definition von Hassverbrechen unter anderem auf Geschlecht, sexuelle Orientierung, Gender, Geschlechtsidentität, Alter und Behinderung ausgeweitet werden. So wäre es künftig beispielsweise strafbar, Männer, die sich als „Transfrauen“ ansehen, als Männer

(Fortsetzung auf Seite 6)

zu bezeichnen. Außerdem fordert das EU-Parlament die EU-Kommission auf, einen „offenen“ Ansatz zu erwägen, sodass die Gründe für eine strafbare „Diskriminierung“ stetig zunehmen und weitere Opfergruppen

ergänzt werden könnten. Mit der Entschließung stellt das EU-Parlament die freie Rede und das Aussprechen der Wahrheit nicht nur auf eine Stufe mit Verbrechen der Mafia und Terrororgani-

sationen, es öffnet auch mit juristischen Kaugummibegriffen der Willkür Tür und Tor. Jeder Diskurs, der den herrschenden Eliten widerstrebt, könnte damit im Keim erstickt werden. *Quelle: patriotpetition.org*

Lesenswert – sehenswert – hörenswert!

- **Amerikas Krieg gegen Europa.** Der mit Sanktionen geführte Wirtschaftskrieg der USA gegen Moskau, womit gleichzeitig die Zerstörung der Wirtschaft ihrer angeblichen Verbündeten einhergeht, begann spätestens 2017, lange vor dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine. 2018 wurde gesetzlich festgelegt, dass die Sanktionsbeschlüsse der USA in Zukunft internationales Recht seien und Verstöße dagegen zivil- und strafrechtlich in den USA verfolgt würden. In diesem Artikel geht es dem früheren deutschen Finanzminister Oskar Lafontaine vor allem darum, aufzuzeigen, wie wichtig es wäre, dass die Europäer ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. „Die Weltwoche“ 3/2024.
- **Die Schweiz im Spannungsfeld der „Europa-Frage“.** Auf den Spuren von Jean Monnet, einem der maßgebenden Personen in der Gründungsphase der EU. Der gebürtige Franzose hat einen Großteil seines Lebens in den USA verbracht, wo er gute Beziehungen zur amerikanischen Regierung pflegte. Monnets eigentliches Ziel waren die „Vereinigten Staaten von Europa“ nach US-Vorbild und mit US-Einfluss. Artikel von Dr. Werner Wüthrich. www.zeit-fragen.ch
- **Wird Kinderhandel in Österreich bald erlaubt?** Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit wurde auf Initiative der EU-Kommission vom EU-Parlament das sogenannte „Elternschaft-Zertifikat“ beschlossen, um die Rechte der LGBTIQ-Kommunität zu stärken. Leihmutterchaft ist eine der schlimmsten Formen der Ausbeutung von Frauen in Notsituationen und missachtet die Rechte der Kinder. Mit dem „Elternschaft-Zertifikat“ will die EU den Mitgliedsstaaten die rechtliche Zuständigkeit in dieser Frage entziehen. Kolumne von Gudula Walterskirchen in der Wochenzeitschrift DgW 1/24.
- **Das indoktrinierte Gehirn. Wie wir den globalen Angriff auf unsere mentale Freiheit erfolgreich abwehren.** Michael Nehls, Mediziner und international renommierter Molekulargenetiker, legt in diesem Buch eine erschütternde Indizienkette dar, die darauf hinweist, dass sich hinter den Covid-Maßnahmen und anderen negativen Einflüssen unserer Zeit ein gezielter, meisterhaft ausgeführter Angriff auf unsere Fähigkeit zum selbständigen Denken verbirgt. Nur so kann die Menschheit bereit gemacht werden, die mit dem Great Reset einhergehende permanente Überwachung und Abhängigkeit von den Interessen technokratischer Weltkontrolleure zu akzeptieren. Noch kann es uns gelingen, diesen fatalen Prozess zu stoppen und umzukehren.
- **Doppelmoral des Westens.** Zum ersten Mal in der Geschichte kann die Weltöffentlichkeit zwei Kriege zeitgleich miterleben, in der Ukraine und im Gazastreifen, die vergleichbare Ursachen und Strategien haben, aber vom Westen völlig unterschiedlich wahrgenommen werden. Diese doppelzüngige Haltung wird außerhalb der Grenzen des Westens nicht mehr toleriert. Artikel im Wochen-Magazin „Die Weltwoche“ 5/2024.
- **Norman Finkelstein: Gaza ist ein Konzentrationslager.** Jedes Mal, wenn das Wort Gaza fällt, sollten einem die folgenden Fakten in den Sinn kommen: 70 Prozent der Bevölkerung des Gazastreifens sind Flüchtlinge und Nachkommen von Flüchtlingen aus dem Krieg von 1948, in dem Israel gegründet wurde. Etwa 750 000 Palästinenser wurden aus dem Staat Israel vertrieben. Etwa 290 000 davon sind in Gaza gelandet. Die Bevölkerung des Gazastreifens, die heute etwa 2,1 Millionen Menschen umfasst, besteht also zu 70 Prozent aus Flüchtlingen. Video vom 12. Oktober 2023 (Dauer: 09:59, mit deutschem Untertitel). <https://odysee.com>
- **Tucker Carlson Interview mit Wladimir Putin – Deutsche Übersetzung.** Tucker S. M. Carlson, ein US-amerikanischer Fernsehmoderator und politischer Kommentator, in deutschen Medien als „ultrakonservativer Hetzer“ bezeichnet, hat sich in den Vereinigten Staaten durch seine Unangepasstheit, vor allem an die aktuell vorgegebene US-Außenpolitik, einen Namen gemacht. Carlson ist der erste US-Journalist, der seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine eine Einladung nach Moskau erhielt, um dort mit Präsident Putin ein Interview zu führen. Damit kann die westliche Gesellschaft erstmals die Kehrseite des Bildes sehen und die unverfälschte Meinung eines Präsidenten hören, der von den westlichen Gutmenschen als Inkarnation des Bösen betrachtet wird. <https://youtu.be/>; Originalquelle: TCN on X; Bild: screenshot



Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

Warum Krieg?

Diese Frage stellte auch Albert Einstein an Sigmund Freud in einem Briefwechsel von 1932: „Gibt es einen Weg, die Menschen von dem Verhängnis des Krieges zu befreien?“ Es ist die Rede von einer „Minderheit der jeweils Herrschenden“, die „vor allem die Schule, die Presse und meistens auch die religiösen Organisationen in ihrer Hand“ habe. „Durch diese Mittel beherrscht und leitet sie die Gefühle der großen Masse und macht diese zu ihrem willenlosen Werkzeug... Gibt es eine Möglichkeit, die psychische Entwicklung der Menschen so

zu leiten, dass sie den Psychosen des Hasses und des Vernichtens gegenüber widerstandsfähiger werden?“ Wenn ich so in meinen Gedanken die Schulunterlagen der Nachkriegsjahre mir in Erinnerung rufe, dann geht mir die stete Aussage „Nie wieder Krieg!“ heute noch durch Mark und Bein. Wie Friedenserziehung geht, das müssen wir nicht neu erfinden. Nie wieder Krieg, egal wo auf der Erde! Alle müssen diesen Wunsch in ihrem Inneren verspüren, die sich nicht von einer Minderheit für kriegerische Auseinandersetzungen einspannen lassen. Dieser Wunsch nach Frieden ist in jeder Kultur und Religion

beheimatet. Auch das ist nichts Neues. Warum nicht endlich Wege der friedlichen Verhandlungen eingeschlagen werden, dieser Frage muss offen nachgegangen werden, ebenso müssen die Totschlagargumente der Kriegsrhetorik aufgezeigt und gangbare Wege aus dieser Kriegstreiberei angesprochen werden. Die „Verhandlungsmacht Österreich“ muss endlich wieder in den Vordergrund treten. Wir haben viel in der Hand für eine friedliche Lösung. Unsere Position als Vermittler wahrnehmen heißt aber auch, sich für die Neutralität einzusetzen und von unseren Politikern zu verlangen, endlich ihre Arbeit zu machen im Sinne

(Fortsetzung auf Seite 7)

unserer Neutralität, also kein militärischer Anschluss an EU oder USA, und aufzuhören mit der Finanzierung des Krieges. Unschuldige Menschen sterben für einige Kriegstreiber, die perfide ihr Handwerk weiterschmieden – wenn sie nicht gestoppt werden!

Mag. Renate Schramm, E-Mail

Im Falle eines Kriegs sind CO₂ und Schadstoffemissionen wurscht

Hoffen wir, dass die Kriegstreiber in den USA, GB, Polen, Estland, Lettland, Ukraine, Brüssel, Deutschland und - ja, auch Österreich! - möglichst bald mundtot gemacht werden! Wenn die USA diesen Wirtschaftskrieg verlieren, bleibt ihnen aus ihrer Sicht als Ausweg nur der Krieg mit Waffen gegen die Feinde des USD - vulgo die immer stärker werdende „Axis of Evil“, eh scho' wissen...

Eines ist für mich jedenfalls sicher: Xi Jinping und damit auch Wladimir Putin wollen diesen 3. Weltkrieg sicher nicht. Und im Falle eines Krieges würden die CO₂- und Schadstoffemissionen plötzlich wurscht sein.

Im Krieg werden Vielstoffmotoren gebraucht, weil man mit den unmöglichsten und unreinen Kraftstoffen fahren können will. Deshalb spielen bei Kriegsgerät Abgaswerte und Verbrauch keine Rolle. Kampfpanzer Leopard 2 verbrauchen beispielsweise auf 100 Kilometern bis zu 530 Liter Diesel. Und ein moderner Kampfjet verbrennt pro Stunde zwischen 2000 und 6000 Liter Kerosin.

Es gibt auch Berechnungen, dass in zwei Jahren Ukrainekrieg so viel CO₂ emittiert wurde, wie Deutschland in 600 Jahren emittiert.

Leserbriefschreiber der Red. bekannt

Neutralität wiederbeleben

Wir Österreicher sind kein Kriegsvolk. Uns liegt der Ausgleich. Daher die immerwährend hohe Unterstützung einer neutralen Politik! Was auch sonst!

Krieg wird in unsere Schlafzimmer getragen, viele Patienten leiden unter Bluthochdruck und Schlafstörungen angesichts der Berichterstattung. Sehr komplexe Konflikte müssen wir beobachten, und viele werden darüber krank. Was fehlt im Fernsehen und auch von unseren Printmedien und leider auch größtenteils von unseren gewählten Volksvertretern, ist eine klare Stellungnahme gegen den Krieg. Die Kriegslogik hat so manchen erfasst: Es brauche den Krieg, behaupten die Einen, ja die Bekämpften seien in Wirklichkeit gar keine Menschen, behaupten die Anderen. Wir sind eine große Menschheitsfamilie, daher lässt uns das Leid nicht kalt. Gesund können wir nur werden, wenn wir uns, jeder in seinem Rahmen, für den Frieden einsetzen. Positive Ansätze sind von mehreren politischen Lagern zu beobachten. Mein Wunsch fürs neue Jahr: Stärken wir die Friedensbemühungen und den Friedenswillen über alle Parteigrenzen hinweg!

Dr. med. Sylvia Stuckenberg

Katastrophale Entwicklung bei Glyphosat

Vor 60 Jahren hat es bei uns jede Menge Bienen, Insekten, Vögel und Hasen gegeben. Die Vögel werden weniger, weil ihnen die Insekten als Futter fehlen. Der Verdacht liegt nahe, dass die Gifte, die in der konventionellen Landwirtschaft z. B. für die Unkrautbekämpfung eingesetzt werden, auch die Insekten töten. Nach wie vor spritzt die Landwirtschaft das „Glyphosat“ von Monsanto, welches laut unabhängigen Wissenschaftlern, hoch krebserregend ist. Trotzdem hat es die „Europäische Union“ im Alleingang für weitere 10 Jahre in der konventionellen Landwirtschaft genehmigt! Kein Wunder, dass die Krebsrate trotz besserer Medizin, leider ständig ansteigt.

Richard Leopold Tomasch, St. Michael - Dolinitschitschach

Völkerrechtliche Grundlagen der immerwährenden Neutralität Österreichs

Bei Friedensverhandlungen nach dem 2. Weltkrieg hat sich für die Zukunft Österreichs eine Lösungsmöglichkeit ergeben, die im Moskauer Memorandum vom 15. April 1955 festgehalten ist. Österreich hat ein Gesetz beschlossen, das Österreich international dazu verpflichtet, immerwährend eine Neutralität derart zu üben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird. Was konnte den Bürgern Besseres passieren nach unfähigem „Stolzierkaiserturn“, korruptester Politik und zwei Weltkriegen? Im vollen Sinne des Volkes hat der Nationalrat einstimmig das Verfassungsgesetz beschlossen. Allen Staaten mit diplomatischen Beziehungen wurde ein Ersuchen um Anerkennung der immerwährenden Neutralität gestellt. Dieser Status unserer Republik wurde teils ausdrücklich anerkannt, teils völkerrechtlich gültig widerspruchslos zur Kenntnis genommen. Das heißt: Keine direkte Einmischung und Sanktionen gegen Streitstaaten. Daher nur Friedensmissionen zu Konfliktlösungen im Sinne des Völkerrechts.

Alwin Rohner, Lauterach

Van der Bellens Botschaft

BP Van der Bellen hat in seiner Neujahrsansprache zu mehr „Miteinander“ und weniger „Gegeneinander“ aufgerufen, zu mehr Verständnis gegenüber anderen (Meinungen). Wie schön! Er sollte zuerst einmal bei sich selbst anfangen, denn er vertritt in der Regel sowohl NUR grün-linke wie auch EU-hörige Standpunkte! Bei verbalen Entgleisungen links-grüner Politiker wie auch bei schwach-sinnigen Entscheidungen der EU schweigt er, bei Politikern anderer Parteien, speziell der FPÖ, ist er mit Kritik schnell zur Stelle. Objektivität schaut anders aus! Er ist KEIN Präsident für alle Österreicher.

Manfred Waldner, Fulpmes

Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...



AfD bringt Austritt Deutschlands aus der EU ins Spiel

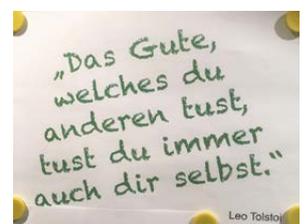
Auf dem Europaparteitag der AfD im vergangenen Sommer wurde bereits ein Dexit, ein Austritt Deutschlands aus der Europäischen

ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft nach dem Vorbild Großbritanniens ins Spiel: Der britische EU-Austritt ist absolut richtig gewesen und ein Modell für Deutschland, dass man souveräne Entscheidungen wie diese treffen kann.

Für den Fall einer Regierungsübernahme durch die AfD möchte sich Weidel die Option eines deutschen EU-Austritts offen lassen. Zunächst werde eine AfD-Regierung versuchen, die EU zu reformieren, um deren Demokratiedefizit zu beseitigen. Konkret schwebt Weidel eine Beschneidung der Befugnisse der Europäischen Kommission vor, die sie als nicht gewählte Exekutive bezeichnete. Aber wenn eine Reform nicht möglich ist, wenn es uns nicht gelingt, die Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten wiederherzustel-

len, sollten wir die Menschen entscheiden lassen. Konsequenterweise setzt die AfD bei der anstehenden Wahl zum Europaparlament ganz auf den Kampf gegen die EU als gescheitertes Projekt, das durch einen Bund europäischer Nationen ersetzt werden soll. Mit dieser Sichtweise macht sie ihrem Namen alle Ehre. Sie stellt eine wirkliche Alternative zu den angeblich alternativlosen Positionen der etablierten Parteien dar. Und sie bleibt ihrer EU-skeptischen Grundüberzeugung treu.

Quellen: zeit.de; spiegel.de



(Fortsetzung auf Seite 8)

Für die Ohren des deutschen Durchschnittsbürgers, der bis jetzt fast 300 Jahre Umerziehung über sich ergehen lassen musste, sind das unerhörte Töne. Für die etablierten Parteien sind sie ein Alarmzeichen, und das noch dazu vor dem Hintergrund hervorragender AfD-Umfragewerte angesichts bevorstehender Wahlen.

Würde die AfD diese Pläne in die Tat umsetzen, wäre ohne die Wirtschaftslokomotive und den Zahlmeister Deutschland auch das Konzern-Projekt EU in Gefahr. Man darf sich also nicht wundern, wenn jetzt eine Hetze ungeahnten Ausmaßes und unerträglicher Heftigkeit über die AfD und ihre Funktionäre hereingebrochen ist, die sich nicht scheut, mit Methoden zu

arbeiten, die denen aus Zeiten des Kommunismus ähnlich sind. Wir wünschen der AfD einen breiten Rücken, Durchhaltevermögen und Stärke. Vor Frau Weidel können wir nur den Hut ziehen. Sie hat als Vertreterin des deutschen Volkes zu Recht ein Thema aufgegriffen, um es einer öffentlichen Debatte zuzuführen, die schon längst hätte geführt werden müssen.

VERANSTALTUNGEN & TERMINE

Vortrag mit Diskussion zum WHO-Vertrag: „Bevölkerungsschutz oder Behandlungszwang durch die Hintertür?“

Referent: **Univ.-Dozent Dr.med. Gerd Reuther**

Montag, **18. März 2024**, Beginn 19 Uhr

GH / Hotel „Mayr“, **Puckingerstr. 83**, 4055 Pucking b. Linz

Veranstalter: *Initiative Heimat & Umwelt - IHU*

Puckingerstr.2

Vortrag mit Diskussion „Krieg in Israel – Ursachen und Auswirkungen“

Referentin: **Mag.a Monika Donner**

Mittwoch, **20. März 2024**, Beginn 19 Uhr

GH „Zum goldenen Hirschen“,

Hirschstettnerstr. 2, 1220 Wien

Hirschstettnerstr.83

Eintritt: 35 Euro

Veranstalter: *Initiative Heimat & Umwelt - IHU*

Friedensgespräch

Runder Tisch – **NFÖ-Wien**

jeden 3. Dienstag im Monat: Beginn 18 Uhr,
Gasthaus Zipfereck, Koppreitergasse 6, 1120 Wien

Nähere Informationen: Tel. 0676 406 5409

Friedensgespräch

Runder Tisch – **NFÖ-Vorarlberg**

Samstag, **23. März 2024**, Beginn 17 Uhr
Pfarrheim Schoren, Br. Klaus-Raum, Schorenquelle 5,

Dornbirn (Zufahrt über Höchsterstraße),

Nähere Informationen, Tel: 0699 144 303 47

Friedensgespräch

Runder Tisch – **NFÖ-Tirol**

Donnerstag, **18. April 2024**, Beginn 17 Uhr
GH „Tiroler Weinstube“, Gumpppstraße 38, Innsbruck

Nähere Informationen: 0699 1162 8644

Friedensgespräch

Runder Tisch – **NFÖ-Salzburg**

Freitag, **19. April 2024**, Beginn 17 Uhr

Haus „Wartenberg“, Riedenburgerstraße 2

(Beginn Bayernstr.) in Salzburg-Stadt,

Dornbirn, Nähere Informationen: Tel: 0699 1720 0336

Wir dürfen den Konflikt nicht als unvermeidlich, die Verständigung nicht als unmöglich und die Kommunikation nicht als bloßen Austausch von Drohungen betrachten.

Die Versuchung ist groß, den Konflikt immer nur der anderen Seite anzulasten. Es ist fatal, nur die Gegenseite für den Konflikt verantwortlich zu machen und nur sie verändern zu wollen anstatt auch sich selbst.

Wir müssen unsere eigene Haltung überdenken, als einzelne und als Nation, denn unsere Haltung ist genauso wichtig wie die der anderen.

Ein besseres Verständnis erfordert mehr Kontakt und Kommunikation.

Lasst uns niemals Angst vor Verhandlungen haben. Lasst uns beide Seiten erforschen, welche Probleme uns verbinden, anstatt die Probleme zu besprechen, die uns trennen.

Quelle: AG Friedensforschung; weltwoche.de

Zitate aus der berühmten Friedensrede von John F. Kennedy vom 10. Juni 1963 an der American University in Washington DC – zum Vergleich mit dem Verhalten heutiger Politiker und als Anregung für sie gedacht.

Einladung zum Online - Vortrag

Brandherd Naher Osten

Vortragender: **Fritz Edlinger**, Nahostexperte, Autor, Präsident der „Gesellschaft f. Österreichisch-Arabische Beziehungen“

Freitag, **26. April 2024**, Beginn 19:30 Uhr

Im Nahen Osten konzentriert sich eine Reihe höchst bedrohlicher Konflikte: Israel-Palästina, Syrien, Irak, Jemen, um nur wenige zu nennen. Europa ist davon in vielfältiger Weise betroffen und dafür verantwortlich.

Fritz Edlinger ist am Veranstaltungsort, 6971 Hard, Landstr. 36 anwesend. Der Vortrag mit Diskussion kann vor Ort oder online per Zoom-Videositzung besucht werden.

Wir bitten um Anmeldung: buendnis@nfoe.at oder Telefon 0699 144 303 47. Eintritt pro Person: 6 Euro.

Veranstalter: Bündnis NFÖ und Verein „Bildungszentrum Hard“.

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass freiwillige finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Porto-kosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Redaktionsschluss: 17. Februar 2024

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.

Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich (NFÖ)*, 6010 Innsbruck, Postfach 110;

Telefon: 0699 144 303 47; E-Mail: buendnis@nfoe.at; Bankverbindung: IBAN: AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098